

Medienmitteilung der DJS – Beschlüsse der Delegiertenversammlung:

► **SVP-Ausschaffungsinitiative und direkter Gegenvorschlag: Das 2 x Nein Komitee erhält weitere Unterstützung**

Die Delegierten der Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz, DJS haben am Wochenende an ihrer Jahresversammlung einstimmig beschlossen, die Ausschaffungsvorlagen mit einem 2 x Nein zu bekämpfen. **Die DJS appellieren an die Mitglieder des Nationalrates - insbesondere an die Fraktion der SP Schweiz - auch den direkten Gegenvorschlag abzulehnen, da er im Grundsatz genauso dem fremdenfeindlichen Ungeist der SVP-Initiative entspricht.**

Für den Entscheid der Delegierten der DJS, sich für ein 2xNein zu engagieren waren vor allem folgende Überlegungen massgebend:

- **Es würde ein Dreikreise-Modell im Strafrecht geschaffen, welches auch aus Sicht der DJS diskriminierende und rassistische Züge enthält und rechtsstaatlich nicht verantwortbar ist.**
- Initiative und Gegenvorschlag reichen sich ein in eine, aus Sicht der DJS höchst problematische Entwicklung, wonach die **Bundesverfassung mittels fragwürdiger Volksinitiativen immer mehr zum Strafgesetzbuch verkommt.**
- Zudem trifft die **Drohung mit dem Entzug des „Gastrechts“** immer mehr Menschen, die hier geboren und aufgewachsen und damit nur noch auf dem Papier Ausländer sind. Sie sind daher genauso Teil unserer Gesellschaft wie alle anderen Schweizerinnen und Schweizer auch.

Das geltende Strafrecht ist nach Ansicht der DJS genügend ausgebaut, um Straftäter - welcher Nationalität auch immer - mit gleichen Vorgaben für ihre Taten zu belangen. **Die Einführung eines Sonderstrafrechts wäre eine Aushöhlung des Prinzips der Rechtsgleichheit.**

► **Hände weg vom UVG!**

Weiter haben die Delegierten der DJS beschlossen, die anstehende Revision des Unfallversicherungsgesetzes UVG, welches v.a. auf Druck der Versicherungslobby massiv verschlechtert werden soll und u.a. auch von der SUVA in weiten Teilen abgelehnt wird **mit allen Mitteln zu verhindern.** Im Schatten anderer Themen hat die bürgerliche Mehrheit der Sozialkommission des Nationalrats im Januar dieses Jahres diesem Druck weitgehend nachgegeben. **Damit drohen Tausenden von verunfallten Bürgerinnen und Bürgern einschneidende Rentenkürzungen zugunsten neuer lukrativer Prämiengeschäfte der privaten Versicherungen.**

Die DJS fordern das Parlament auf, diese schädliche und überflüssige **Revision abubrechen** und damit das bislang gut funktionierende Unfallversicherungs-System zu erhalten.

Bern, den 30. Mai 2010

Catherine Weber, Geschäftsführerin DJS

Telefon für Rückfragen: 031 333 26 31 (Sonntag, 30.5. ab 14.00 Uhr)